

Filip-Köhn, Renate; Ludwig, Udo

Working Paper — Digitized Version

Dimensionen eines Ausgleichs des Wirtschaftsgefälles zur DDR

DIW Discussion Papers, No. 3

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Filip-Köhn, Renate; Ludwig, Udo (1990) : Dimensionen eines Ausgleichs des Wirtschaftsgefälles zur DDR, DIW Discussion Papers, No. 3, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/95786>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Diskussionspapiere
Discussion Papers

Diskussionspapier Nr. 3
Dimensionen eines Ausgleichs
des Wirtschaftsgefälles zur DDR

von

Renate Filip-Köhn (DIW)

Udo Ludwig (ZIW)

Die in diesem Papier vertretenen Auffassungen liegen ausschließlich in der Verantwortung des Verfassers und nicht in der des Instituts.

Opinions expressed in this paper are those of the author and do not necessarily reflect views of the Institute.

Diskussionspapier Nr. 3
Dimensionen eines Ausgleichs
des Wirtschaftsgefälles zur DDR

von

Renate Filip-Köhn (DIW)

Udo Ludwig (ZfW)

März 1990

Vorbemerkungen

Die Befriedigung des evident hohen Bedarfs an Anlageinvestitionen zur zügigen Modernisierung, der Abbau der gravierendsten Unterschiede im Einkommen sowie die soziale Abfederung einer Annäherung der beiden deutschen Wirtschaftssysteme ist seitens der DDR nicht aus eigener Kraft zu bewältigen. Dazu sind Waren und Leistungen aus der Bundesrepublik Deutschland bzw. westlichen Industrieländern vonnöten, die sich in der Summe zu einem beachtlichen Transfervolumen addieren. Als Initialzündung ist eine Größenordnung von zunächst 200 Mrd. DM wohl nicht zu hoch gegriffen. Wäre eine Umschichtung von Kaufkraft in dieser Höhe für die Wirtschaft der Bundesrepublik tragbar, ohne daß es dabei zu Verwerfungen in ihrem eigenen Lohn- und Preisgefüge, im Gefüge ihrer binnen- und außenwirtschaftlichen Verflechtungen sowie im Steuersystem kommt? Wenn sich dieser Betrag auf viele "Akteure" und damit Formen der Umschichtung (Staat, Unternehmer, Gewerkschaften, Bankenwesen und Handelspartner) verteilt, das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik Deutschland weiterhin sehr kräftig ist und die Preisstabilität annähernd gewahrt bleibt, dann dürfte dieses Experiment gelingen. Die Bedingungen für eine derartige Konstellation sind zur Zeit günstig. Sie könnten aber abträglich beeinflußt werden, wenn es nicht gelingt, von realen Wirtschaftsdaten für die DDR auszugehen - d.h. im Falle einer Währungsunion von einer Relation der DM zur Mark -, die die Mark weder über- noch unterbewertet. Eine Unterbewertung könnte den Mobilitätssog, eine Überbewertung den Kaufkraftsog verstärken. Im Interesse eines stabilen Sozialklimas in der Bundesrepublik sollte diese Umschichtung von Nachfrage auch nicht zu einem Kostenelement auf der Angebotsseite des Sozialprodukts gemacht werden. Anders als es die Vorgänge im Zuge der 1. Ölpreiskrise waren, betrifft dieser Ausgleich primär die Verwendungsseite.

Die bisher als Staatsgeheimnis behandelten Wirtschaftsrechnungen der DDR erschweren eine realistische Einschätzung des Effizienzgefälles und der sich daraus ableitenden Einkommensunterschiede zur Bundesrepublik. Es gibt keine mit den Daten der Bundesrepublik vergleichbare, in sich geschlossene und schlüssige volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Mit Hilfe der Input-Output-Rechnung können gleichzeitig die Produktions- und Verwendungsseite des Sozialprodukts sowie die binnen- und außenwirtschaftlichen Strukturen einer Volkswirtschaft betrachtet werden. Derzeit wird vom DIW in Zusammenarbeit mit dem ZIW (Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaft an der

Akademie der Wissenschaften der DDR) versucht, die Erfassungskonzepte in der Bundesrepublik Deutschland auf die Datenfragmente der DDR-Statistik für das Jahr 1988 in erster grober Näherung anzuwenden. Dadurch ist wenigstens für die Eckgrößen eine Vorstellung von der Höhe des Sozialprodukts der DDR in DM bei dortigen Produktivitäten gewonnen worden. Es zeichnet sich ab, daß die direkte und indirekte außenwirtschaftliche Verflechtung der DDR deutlich stärker ist, als bisher allgemein angenommen wurde. Dies ist insofern von zentraler Bedeutung, da die Exportgrößen Rückschlüsse auf die Unterschiede im Produktivitätsniveau zulassen. Demzufolge ist das Effizienzgefälle noch stärker ausgeprägt, als überschlägige Rechnungen bisher vermuten ließen. Die hier vorgelegten ersten Ergebnisse signalisieren für die laufende Sozialproduktsrechnung ein Verhältnis von DM:Mark, das nicht unter 1:1,4 anzusetzen ist. Eine Umrechnung der laufenden Löhne und Gehälter im Verhältnis 1:1 würde somit eine durchschnittliche Anhebung des Nachfragepotentials für den privaten Konsum um etwa 40 vH bedeuten. Diese Relation ist durchaus verträglich mit den im folgenden skizzierten Vorstellungen zur Höhe und Verteilung eines Realtransfers, der für die DDR einen deutlich fühlbaren Anstoß bringen würde und für die Bundesrepublik zu verkraften wäre. Der soziale Ausgleich zugunsten von Renteneinkommen müßte dann allerdings durch eine interne Umverteilung erfolgen. Sparguthaben in der DDR und aufgestauter Bargeldumlauf in Höhe von zusammen etwa 170 Mrd. Mark - das sind (bei einem Umtauschverhältnis von 1:1) rd. 6 vH zusätzliche potentielle Kaufkraft im Vergleich zur gesamten Endnachfrage der Bundesrepublik - sollten nur allmählich kreislaufwirksam werden und sich dann vorzugsweise in die Investitionsgüternachfrage integrieren.

Die Sozialproduktgrößen der DDR

Das Bruttoinlandsprodukt der DDR betrug im Jahre 1989 nach erstmalig veröffentlichten, vorläufigen Angaben der amtlichen Statistik 353 Mrd. Mark. Wie hoch nun seine Größe im DM-Gegenwert ist - eine solche Aussage stößt auf die hinlänglich bekannten Schwierigkeiten, einen einheitlichen Umrechnungssatz für Währungen zu ermitteln, wenn eine der beiden eine reine Binnenwährung ist und sich die Preisbildungsprinzipien auf den einzelnen Gütermärkten wesentlich voneinander unterscheiden. Das trifft voll auf die DDR zu, in der Preisverzerrungen fast in Höhe eines halben jährlichen Einzelhandelsumsatzes zwischen den stark subventionierten Waren und Leistungen des Grundbedarfs (Lebensmittel, Wohnungsmieten, Tarife) auf der einen und den hoch besteuerten "Delikat-

und Exquisiterzeugnissen" sowie hochwertigen technischen Konsum- und Investitionsgütern auf der anderen Seite symptomatisch sind. So ist es sinnvoll, neben der stichprobenartigen Ermittlung von Kaufkraftparitäten auf der Basis von aktuellen Preisunterschieden auch andere Wege zu Ermittlung des Niveaufalles zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland zu beschreiten. Unterstützung können hierbei die Daten von Input-Output-Tabellen geben. Untersuchungen anhand der Input-Output-Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland haben gezeigt, daß es durchaus gerechtfertigt ist, die erzielten Marktpreise stellvertretend durch die Gewichte für den direkten und indirekten Faktorgehalt an Arbeit nachzubilden, ohne im einzelnen eine Bereinigung um Effekte von Subventionen, Kapital- und Vorleistungsintensitäten durchführen zu müssen. Ermittelt man analog den Faktorgehalt an Arbeit in den Waren und Leistungen für den privaten Verbrauch, den öffentlichen Verbrauch, die Anlageinvestitionen und den Export der DDR, so können die DM-Werte für den Warenexport der DDR als zentraler Umsteigeschlüssel für die beiden Preissysteme angesehen und damit sowohl die Größe und Verwendungsstruktur des Sozialprodukts der DDR im DM-Gegenwert als auch das Produktivitätsgefälle zwischen den beiden Volkswirtschaften geschätzt werden.

Die Berechnung einer Input-Output-Tabelle für die DDR, die den Wirtschaftskreislauf konsistent, d.h. geschlossen und in sich schlüssig, verbucht sowie formal den gleichen Abgrenzungskriterien und Erfassungskonzepten folgt, wie sie in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Bundesrepublik Deutschland üblich sind, erfordert viel Zeit¹. Die Dringlichkeit der Diskussionsprozesse im Zusammenhang mit den Voraussetzungen und Folgen eines Währungsverbundes bzw. einer Währungsunion zwingt dazu, die Genauigkeitsansprüche an ein solches Gesamtrechnungswerk zu reduzieren und wenigstens die wichtigsten Aggregate transparent und miteinander vergleichbar darzustellen. Aus veröffentlichten Daten zur Zahl der sektoral Beschäftigten, den inneren Verflechtungsstrukturen einer Input-Output-Tabelle für die DDR für das Jahr 1987 auf der Grundlage des MPS (Materialproduktsrechnung) und seiner Relationen im Jahre 1988 sowie

¹Mit der Vorlage von detaillierten, dem SNA-Konzept der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Bundesrepublik Deutschland angeglichenen Daten zur Höhe und Struktur des Bruttosozialprodukts der DDR kann nicht vor Spätherbst 1990 gerechnet werden.

Ergebnissen von Untersuchungen zur Höhe und Struktur des Warenexports der DDR² wurde versucht, die Größenordnung und Struktur des Sozialprodukts der DDR nach Verwendungszwecken (privater Verbrauch, öffentlicher Verbrauch, Ausrüstungs- und Bauinvestitionen, Vorratsveränderungen sowie Exporte) zu berechnen und sie den entsprechenden Größen für die Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1988 gegenüberzustellen (siehe Spalte 1 bzw. 7 der Tabelle).

Im Jahre 1988 weisen die Daten der DDR zur Beschäftigung 9,0 Mill. Erwerbstätige (einschl. Lehrlinge) aus. Davon "produzierten" gemäß den Konventionen des MPS 7,1 Millionen Personen, 1,9 Millionen waren in sogenannten nicht produktiven Verwendungen (Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen, Banken, Armee, Ministerien u.a.) eingesetzt. Wegen der grundsätzlichen, d.h. wirtschaftstheoretisch bedingten Unterschiede in der Erfassung des Sektors Staat bzw. des öffentlichen Verbrauchs kann die Aufteilung des Faktorgehalts auf den privaten und öffentlichen Verbrauch in der hier vorgelegten Input-Output-Betrachtung nur tentativ sein.

Auf der Entstehungsseite des Sozialprodukts verteilen sich im Jahre 1988 die Erwerbstätigen - in institutioneller Abgrenzung - wie folgt:

	<u>DDR</u>		<u>BRD</u>	
	1000 Pers.	vH	1000 Pers.	vH
Land - und Forstwirtschaft, Fischerei	969	10,8	1 271	4,9
Energie, Bergbau, verarb. Gewerbe	3 674	40,9	8 752	33,6
Baugewerbe	610	6,8	1 717	6,6
Verkehr und Nachrichten	675	7,5	1 468	5,6
Handel	921 ^{*)}	10,2	3 402	13,0
Dienstleistungsunternehmen, Staat, sonst.	2 131	23,8	9 469	36,3
Insgesamt	<u>8 980</u>	<u>100</u>	<u>26 079</u>	<u>100</u>

*) ohne Außenhandel

²vgl. Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW): DDR Außenhandel: Positionslichter im Nebel. In: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft. Nr. 6, 1990.

Siehe auch Dieter Schumacher (Bearb.) und Uta Möbius (Bearb.): Handelsbeziehungen der DDR zum Gemeinsamen Markt. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 9/1990.

Im Vergleich zur Situation in der Bundesrepublik Deutschland zeigen die Gewichte des unmittelbaren Einsatzes der Arbeitskräfte auf der Produktionsseite der DDR eine leicht veraltete Struktur, in der die landwirtschaftliche Produktion noch relativ bedeutend und der Dienstleistungssektor unterentwickelt ist. Die Zahlen für diesen Bereich sollen jedoch *nicht* weiter hinterfragt werden, obwohl zu vermuten ist, daß in den Betrieben und Kombinat

den der produzierenden Bereiche Dienstleistungsfunktionen erbracht werden, die in der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland entsprechenden Dienstleistungsunternehmen zuzurechnen sind. Auf der Grundlage der inneren Verflechtungsbeziehungen können die sektoralen Angaben zur Beschäftigung mit der Input-Output-Rechnung in die Verwendungsseite überführt werden. Dabei wurde für die DDR - um oben angedeutete sektorale Verzerrungen im Arbeitskräfteeinsatz zu vermeiden - in gütermäßiger Abgrenzung und in jeweiligen Erzeugerpreisen gerechnet. Die Ergebnisse zeigen den direkten und indirekten Faktorgehalt in den Komponenten der Endnachfrage, d.h. des privaten und öffentlichen Verbrauchs, der Anlageinvestitionen und der Exporte.

Der Faktorgehalt der Endnachfrage liegt anhand der Strukturdaten für die DDR und die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1988 bei:

	<u>DDR</u>		<u>BRD</u>	
	Mill. Personen	in vH	Mill. Personen	in vH
Privater Verbrauch	3,3	36,7	9,9	37,9
Öffentlicher Verbrauch	1,9	21,1	5,6	21,5
Anlageinvestitionen	1,4	15,6	4,2	16,1
Exporte	2,4	26,6	6,4	24,5
Insgesamt	<u>9,0</u>	<u>100</u>	<u>26,1</u>	<u>100</u>

Diese hier errechneten Unterschiede in den Relationen sind noch nicht besonders auffällig. Allerdings zeigen sie eine deutlich stärkere Exportabhängigkeit der Produktion in der DDR, als auf der Grundlage überschlägiger Vorstellungen zum Einkommens- und

Produktivitätsniveau angenommen wurde. Alarmierend werden sie erst, wenn man ihnen die jüngst und unabhängig voneinander durch verschiedene Institute der Bundesrepublik Deutschland errechneten Zahlen für das Außenhandelsvolumen unterlegt: Danach erreichte der Warenexport der DDR im Jahre 1988 nur einen Wert von etwa 50 Mrd. DM. Bei diesen Berechnungen wurde von einer Relation zwischen dem Handel mit dem RGW-Raum und den westlichen Industrieländern und Entwicklungsländern in Höhe von zwei Drittel zu ein Drittel ausgegangen.

Was ist nun dramatisch an diesen Zahlen? Bei derzeitigen Preisen und Produktivitäten kann die Bundesrepublik Deutschland ein Exportvolumen von 50 Mrd. DM mit einem direkten und indirekten Faktorgehalt von etwa 500 000 Erwerbstätigen erwirtschaften³. Selbst wenn man den Faktorgehalt der Exportproduktion der DDR (2,4 Mill. Arbeitskräfte) um Anteile, die nicht als industrielle bzw. landwirtschaftliche Produktion im eigentlichen Sinne anzusehen sind, und um (womöglich) überhöhte Exportangaben der Betriebe und Kombinate nach unten korrigiert, würden in der DDR dafür noch immer etwa 1,9 Mill. Erwerbstätige erforderlich sein. Das hieße, das Produktivitätsgefälle zur Bundesrepublik liegt nicht - wie bisher angenommen - bei 1:2, sondern eher bei 1:3, ungünstigenfalls sogar noch darunter.

Eine Überprüfung der realwirtschaftlichen Struktur innerhalb des Exports der DDR deutet nicht darauf hin, daß möglicherweise das Volumen des Handels mit dem RGW-Raum unterschätzt wäre. Im Gegenteil: Das Gewicht des Exports in die westlichen Industrieländer scheint deutlich größer zu sein, als es dem bisher angenommenen Verhältnis von ein Drittel zu zwei Drittel am Gesamtwert des Warenexports entspricht. Der Warenexport in DM müßte folglich noch nach unten korrigiert werden. Für die Berechnung der sonstigen Eckgrößen des Sozialprodukts der DDR in DM wurde er allerdings aufgrund der Dumpingpreispolitik der DDR deutlich angehoben (Faktor 1,2). Die hier vorgelegte Schätzung der Höhe und Struktur des Sozialprodukts der DDR in Preisen der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Spalte 7 der Tabelle) basiert auf einer Reihe derartiger Rechnungen und Überlegungen.

³Vgl. auch Reiner Stäglin (Bearb.): Direkte und indirekte Exportabhängigkeit der Wirtschaftszweige in der Bundesrepublik Deutschland vom Europäischen Binnenmarkt. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 47/1988.

Das Bruttosozialprodukt der DDR (nach SNA-Konventionen) lag im Jahre 1988 nach Berechnungen der Autoren bei rund 335 Mrd. Mark⁴, in Preisen der Bundesrepublik bei 230 Mrd. DM. Aus diesen Relationen leitet sich ein Verhältnis zwischen DM:Mark von 1:1,45 ab.

Dimensionen eines Realtransfers

Eine Überwindung des Wirtschaftsgefälles zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland - noch dazu in relativ kurzen Zeiträumen - ist, so heißt es, "nicht zum Nulltarif zu haben". Um diesen Prozeß in Gang zu setzen bzw. zu beschleunigen, ist die DDR auf den Zustrom von Waren und Leistungen aus der Bundesrepublik bzw. westlichen Industrieländern angewiesen, so daß der Anlagenbestand modernisiert und gleichzeitig auch die Einkommen angehoben werden können.

Um eine Vorstellung von der Größenordnung und den Formen zu gewinnen, innerhalb derer ein Realtransfer seitens der Bundesrepublik zu bewältigen wäre, ohne daß dadurch Verwerfungen im eigenen Wirtschaftsklima riskiert werden müßten, wird in der Tabelle ein Szenario, d.h. eine (hypothetische) Rechnung, vorgelegt, in dem in der Summe der stattliche Betrag von 200 Mrd. DM (auf Jahresbasis und in Preisen des Jahres 1988) als reale Kaufkraft mobilisiert und umgelenkt wird. Über ein Umschichtungskonto wird er mit den jeweiligen Größen eines wachsenden Sozialprodukts verknüpft, und es wird gezeigt, was das für die Randspalten der Input-Output-Tabellen der beiden Volkswirtschaften real bedeuten könnte.

Diese Rechnung ist keine Prognose. Prognosen abgeben zu wollen bei einem Vorhaben, das es in dieser Form und in diesem Ausmaß bisher noch nicht gegeben hat, wäre ohnehin sehr gewagt. Allenfalls kann auf die Größenordnung bzw. makroökonomischen

⁴Zur Methode der Umrechnung des MPS-Konzepts in das SNA-Konzept vgl. z.B. Reiner Stäglin: Die Bedeutung von Input-Output-Tabellen bei der Verbindung des System of National Accounts und des Material Product System. In: U.P. Reich, C. Stahmer u.a.: Internationale Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, Band 4 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Stuttgart und Mainz 1986, S. 143 ff. Zur Anwendung und zu den Ergebnissen für Ungarn vgl. Györy Boda und Reiner Stäglin: Intersystem Comparison Between The Federal Republic of Germany And Hungary On The Basis Of SNA Type And MPS Type Input-Output Tables. Paper presented at the Ninth Conference On Input-Output Techniques. Keszthely, Ungarn, September 1989.

Implikationen dieses Experiments aufmerksam gemacht werden. Hierzu soll die Tabelle als überschaubares, auf die wesentlichen Eckgrößen des Sozialprodukts reduziertes Raster dienen, um auch andere Varianten zur Höhe und Verteilung des Realtransfers durchrechnen zu können.

Ein Kaufkraftvolumen im Gegenwert von 200 Mrd. DM in der Anfangsphase mag zunächst und für jeden von uns ein unvorstellbar hoher Betrag sein. Er repräsentiert beinahe ein ganzes Sozialprodukt der DDR; aber gemessen an ihrem Investitions- und Konsumbedarf zum zügigen Ausgleich des Wirtschaftsgefälles scheint er eher noch zu niedrig gegriffen zu sein.

Wird von der Vorstellung ausgegangen, daß der laufende private Konsum in der DDR um wenigstens 30 vH p.a. angehoben werden müßte, um das Wohlstandsniveau langfristig an das der Bundesrepublik anzugleichen und die Abwanderung aus dieser Region weniger attraktiv zu machen, so ist dafür ein Betrag von etwa 35 Mrd. DM in der Anfangsphase nötig. Eine Anhebung des privaten Konsums um wenigstens 30 vH p.a. scheint zwar eine relativ hohe Rate zu sein. Rechnerisch führt sie aber erst in etwa fünf Jahren zu einem annähernden Ausgleich des Konsumniveaus, wobei Probleme hinsichtlich der unterschiedlichen Höhe der Mieten und der Ausstattung mit langlebigen Konsumgütern hier noch ausgeklammert bleiben.

Da derartige Steigerungsraten für den privaten Konsum nicht ohne eine gewaltige Eigendynamik der DDR aufrechterhalten werden können, bedarf es einer zügigen Sanierung bzw. Modernisierung und Umstellung von Infrastruktur und Produktionsanlagen. Für den Modernisierungsbedarf von Industrie und Handwerk liegen nur sehr vage Schätzungen vor, die sich auf Größenordnungen zwischen 400 Mrd. DM und 1 000 Mrd. DM belaufen. Eine optimale zeitliche Verteilung dieser Investitionssummen sowie ihre zweckmäßige Strukturierung nach Ausrüstungsarten und Bauinvestitionstypen (Infrastruktur, Wirtschaftsbau, Wohnungsbau) kann noch nicht vorgenommen bzw. soll auch nicht präjudiziert werden. Für die Anfangsphase wird als Modernisierungsbedarf hier einmal eine Summe von 165 Mrd. DM angesetzt, und die Aufteilung auf Ausrüstungs- und Bauinvestitionen bleibt nur tentativ. Ob und in welchem Ausmaß weitere Impulse notwendig sind, hängt von der Stärke der Eigendynamik dieser Region ab. Es ist jedoch

zu erwarten - sogar zu hoffen -, daß aus diesem Gebiet heraus bzw. für dieses Gebiet auch in Zukunft eine lebhafte Investitionsgüternachfrage entfaltet wird.

Die Rechnung setzt auf den Preisen und Produktivitäten sowie den jeweiligen Eckgrößen des Sozialprodukts für das Jahr 1988 als Basisjahr (t_0) auf (vgl. Spalten 1 und 7 der Tabelle). In einem ersten Schritt wird ein potentiell Sozialprodukt (t_1) berechnet, in dem die inneren Strukturen noch konstant gehalten werden, das aber in beiden Fällen, d.h. sowohl für die Bundesrepublik Deutschland als auch für die DDR, ein deutliches reales Plus (5 vH bzw. 6 vH) aufweist (vgl. Spalten 2 und 8). Eine Nachfrageumlenkung aus einem wachsenden Sozialprodukt heraus ist zweifelsfrei leichter zu bewältigen als bei einem stagnierenden oder gar schrumpfenden.

Für die Bundesrepublik Deutschland ist ein Plus von real 5 vH durchaus vorstellbar angesichts einer noch immer hohen Arbeitskräftereserve und Wachstumsraten - gerade auch der Investitionen -, die sie in den Vorjahren aufweisen konnte. Fühlbar und dem Sozialklima abträglich wäre eine Kaufkraftumlenkung in der unterlegten Größenordnung von 200 Mrd. DM, wenn die Wirtschaft der Bundesrepublik stagnierte oder real nur mit etwa 1 bis 2 vH expandierte. Derartige Varianten können anhand des Rasters durchgerechnet werden. Um aber ein kräftiges Wachstum zu erzielen, muß die Wirtschaft frei von Furcht vor Einbrüchen in die eigenen Einkommenserwartungen bleiben.

Ein Plus von 6 vH für die DDR mag angesichts der rückläufigen wirtschaftlichen Entwicklungen in den letzten Monaten überzogen erscheinen. Bei einem zügigen Übergang zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen ist jedoch zu erwarten, daß sie deutlich anzieht. Derzeit wird in der DDR allerdings allgemein befürchtet, daß es im Zuge der Einführung eines marktwirtschaftlichen Systems zu massiven Betriebsstillegungen und damit zu Arbeitslosigkeit kommt. Dies wird damit begründet, daß das Kostenniveau in der DDR zu hoch sei, um im Wettbewerb mit effizient produzierenden Unternehmen in der Bundesrepublik zu bestehen. Es scheint, daß bei dieser Argumentation implizit von vergleichbaren Löhnen und Gehältern gegenüber der Bundesrepublik ausgegangen wird. Da aber - im Falle einer Währungsunion - selbst bei einer relativ günstigen Umtauschrelation für die laufenden Einkommen von 1:1 der Abstand zwischen den Durchschnittslöhnen noch immer groß ist und das Effizienzgefälle widerspiegelt, könnte die DDR ein vergleichbares Produkt (bei in der Summe annähernd gleich hohen Lohnkosten, aber

einem höheren Faktorgehalt an Arbeit) zu Preisen der Bundesrepublik anbieten, und die Wirtschaft der DDR muß nicht aufgrund geringerer Effizienz zusammenbrechen. Daher ist es nicht unplausibel, auch für die DDR ein kräftiges reales Wachstum in die Überlegungen aufzunehmen. Aber selbst wenn es unter 6 vH bliebe, wären dadurch die in der Tabelle zusammengestellten Größenordnungen noch nicht nennenswert tangiert. Bei einem realen Wachstum von nur 4 vH zum Beispiel liegt der potentielle private Verbrauch nur um 2 Mrd. DM unter dem in der Tabelle ausgewiesenen (vgl. Spalte 8). Die nach Umschichtung von Kaufkraft errechnete Zuwachsrate beträgt dann 33,3 vH statt 35,0 vH (vgl. Spalte 11).

Die Angaben im Umschichtungskonto (Spalten 4, 5 und 6) enthalten Vorstellungen dazu, von welchen "Akteuren" und in welcher Höhe seitens der Bundesrepublik Kaufkraft mobilisiert und umgelenkt werden könnte. Das Gesamtvolumen von 200 Mrd. DM setzt sich danach aus folgenden Vorgängen zusammen:

- Die Tarifpartner betreiben eine moderate Lohnpolitik, so daß der Zuwachs an Kaufkraft für den privaten Konsum unter dem potentiell möglichen bleibt (+2,9 vH gegenüber 5 vH). Saldiert mit einem Betrag von 10 Mrd. DM, der einen Export der DDR für Zwecke des privaten Verbrauchs in der Bundesrepublik (Tourismus, Intensivierung der Nachfrage nach Waren und Leistungen aus der DDR in grenznahen Gebieten u.a.) repräsentiert und als Facette hier eingefügt wurde, um auch diese Bewegungen anzudeuten, wird dadurch Kaufkraft in Höhe von 35 Mrd. DM freigesetzt.

Finanziert wäre dieser Realtransfer bereits durch die "Umschöpfung" der Mark in DM bei einer Umtauschrelation in den laufenden Löhnen und Gehältern von 1:1, die günstiger zu sein scheint, als es dem Gegenwert in Mark entspricht.

- Der Staat verzichtet auf laufende Ausgaben in Höhe von 15 Mrd. DM.

Ohne Erhöhung der Staatsschuld und ohne Rückgriff auf zusätzliche Steuerbelastungen könnte dieser Kaufkraftbetrag (der dann nicht mehr auf den eigenen Markt drängt) freigesetzt werden, wenn auch der öffentliche Verbrauch mit nur 1,2 vH statt der potentiell möglichen 5 vH wächst.

- Investitionsentscheidungen privater Unternehmer und des Staates werden teilweise in die DDR verlagert (Beteiligungen, Neugründungen, Ausbau der Infrastruktur). Dadurch, so wird hier angenommen, könnte Kaufkraft im Gegenwert von 80 Mrd. DM zur Modernisierung des Anlagenbestandes umgelenkt werden. M.a.W.: Ein Computer wird geordert, aber nicht in einem Werk beispielsweise in Bremen eingesetzt, sondern in Leipzig. In diese Investitionsentscheidungen ließen sich auch Mittel aus Sparguthaben in der DDR integrieren (das durch "Umschöpfung" der Mark in DM generierte Kreditvolumen wird in vertraglichen Grenzen aktiviert).

Die Aufteilung auf Bau- und Ausrüstungsinvestitionen ist hier nur versuchsweise vorgenommen worden. Das rechnerische Minus für die Anlageinvestitionen (im Durchschnitt 12,9 vH) gegenüber dem Basisjahr ist nicht unproblematisch vor dem Hintergrund wohnungsbaupolitischer Vorstellungen in der Bundesrepublik und längerfristiger Überlegungen zur Erhöhung der Produktivität in der eigenen Region. In den letzten 30 Jahren schwankte diese Komponente - real - zwischen +15,2 vH und -12,7 vH. Insofern sollte in einer Variante auch eine stärkere Beteiligung von Auslandskapital an der Modernisierung der DDR in Erwägung gezogen werden. Dabei wäre es denn denkbar, daß das Kaufkraftvolumen über einen Betrag von 200 Mrd. DM hinaus aufgestockt und/oder die Stärke der Verlagerung von Investitionsentscheidungen in die DDR abgeschwächt wird.

- Vorräte werden in der Bundesrepublik nicht aufgestockt, sondern kräftig abgebaut. Hierfür wurden 10 Mrd. DM angesetzt. Sie sind als Angebotspotential anzusehen, das im Zuge von Konsum- bzw. Investitionsentscheidungen bereit steht, um Nachfrage aufzufangen.
- Die DDR erhält Zugang zu verstärkten Importen aus westlichen Industrieländern mittels Abstützung durch die Devisenreserven der Bundesrepublik. Eine Nachfrage in Höhe von 60 Mrd. DM - verteilt auf mehrere Handelspartner, wie USA, Japan, Großbritannien, Frankreich u.a. - dürfte die außenwirtschaftlichen Verflechtungen nicht beeinträchtigen. In einer Variante dazu wäre auch zu überlegen, den eigenen, permanent hohen Leistungsbilanzüberschuß abzubauen und den Außenbeitrag (1988 gut 121 Mrd. DM) teilweise in den innerdeutschen Bereich (mehr Exporte in die

DDR bzw. mehr Importe für diese) zu verlagern. U.U. wäre auch eine Höherbewertung der Goldreserven (mit gleichen realwirtschaftlichen Ergebnissen) zu diskutieren.

In einem zweiten Schritt wurde das (hypothetisch) mobilisierte Kaufkraftvolumen in Höhe von 200 Mrd. DM zuzüglich einer internen Verlagerung in der DDR vom öffentlichen Bereich in die Bauinvestitionen (5 Mrd. DM) nun in die relevanten Eckgrößen des Sozialprodukts der DDR umgesetzt (Spalte 9). Um das Raster nicht unübersichtlich werden zu lassen, wurde darauf verzichtet, dies im einzelnen zu markieren. Zudem sollte die Zusammensetzung der Güter- und Leistungsströme, die mit dieser umgeschichteten Kaufkraftsumme bewegt werden könnten, auch flexibel bleiben. Bei einer Variantenrechnung ist allerdings darauf zu achten, daß immer die Grundgleichung der Sozialproduktsrechnung erfüllt ist. Da sowohl für die Bundesrepublik als auch für die DDR das jeweilige Bruttosozialprodukt nach Umschichtung in der Summe gegenüber dem potentiellen unverändert ist, sind die Waren- und Leistungsströme in der Tabelle konsistent umgesetzt worden: Die DDR ist zwar besser mit Konsumgütern und Anlageinvestitionen ausgestattet, ihr Sozialprodukt, d.h. das, was sie in der Periode t_1 selbst erwirtschaftet, wird dadurch aber nicht größer als +6 vH.

In den Spalten 10 und 11 sind die durch eine Umlenkung von Kaufkraft in Höhe von 200 Mrd. DM induzierten Veränderungsdaten gegenüber dem Basisjahr für die DDR und für die BRD gegenübergestellt worden. Danach könnte der private Konsum in der DDR im Durchschnitt um etwa 35 vH angehoben werden, und die Anlageinvestitionen würden sich gegenüber dem heutigen Stand verfünffachen. Dies dürfte ein wirksamer Anstoß zur Belebung der Wirtschaft in der DDR sein, so daß sie ihre latent vorhandene Eigendynamik entfalten und längerfristig die Angleichung an das Produktivitäts-, Umweltschutz- und Einkommensniveau der Bundesrepublik Deutschland zunehmend aus eigener Kraft bewältigen kann.

Für die Bundesrepublik dürfte die Mobilisierung eines solch beachtlichen Realtransfers - verteilt auf unterschiedliche Formen und Akteure - tragbar sein, ohne daß sie Einbrüche im eigenen wirtschaftlichen Gefüge und damit soziale Spannungen befürchten müßte. Dieser Vorgang kann wie ein kräftiger Exportüberschuß angesehen werden, dessen Früchte für den Bürger bisher nur in gewaltigen Aufstockungen von Gold- und Devisenreserven sowie Beteiligungen im Ausland erkennbar blieben. Theoretisch wäre der

Ausgleich des Wirtschaftsgefälles zur DDR sogar "zu einem Tarif von Null zu haben", denn: Er ist kein Kostenelement auf der Angebotsseite des Sozialprodukts, wie es beispielsweise die 1. Ölpreiskrise war. Und er muß auch nicht dazu gemacht werden, indem Steuern erhöht oder "Notopfer" gefordert werden. Die Modernisierung der DDR und die bessere Versorgung ihrer Bevölkerung ist ein Nachfrageelement, das nicht zwangsläufig das Kostenniveau der Wirtschaft tangiert und dadurch die Preisniveaustabilität gefährdet. Dennoch dürfte sich für die Geldpolitik der Bundesrepublik eine komplizierte Wanderung auf sehr schmalem Grat zwischen einer dem Angleichungsprozeß abträglichen Hochzinspolitik und einer Gefährdung der Preisniveaustabilität durch Mitnahmeeffekte abzeichnen. Das real Machbare mit den ihm inhärenten monetären Dimensionen auszubalancieren - darin liegt die eigentliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik bei diesem Experiment.

Dimensionen eines Realtransfers in die DDR

in Mrd. DM, Preise des Jahres 1988

(Scenario)

Komponenten des Bruttosozialprodukt	BRD			Umschichtungs- konto			DDR			Veränderung, in vH $t_1 : t_0$	
	1988 = t_0	Potentielles BSP t_1	nach Um- schichtung = t_1	DDR →BRD	BRD →DDR	DDR →DDR	1988 = t_0	Potentielles BSP t_1	nach Um- schichtung = t_1	BRD	DDR
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Privater Verbrauch	1157	1225	1190	10	45		120	127	162	+ 2,9	+ 35,0
+ öffentl. Verbrauch	411	431	416		15*	5	63	67	62	+ 1,2	- 1,6
+ Ausrüstungsinvest.	185	199	159		40*		21	22	127	- 14,1	+ 505,0
+ Bauinvestitionen	234	246	206		40*		28	30	95	- 12,0	+ 239,0
+ Vorratsverändrg.	+14	(0)	-10		10*		.	.	0		
+ Export	688	722	872		(60*)		54	57	67		+ 24,1
dar. innerdeutsch	(8) ¹		(158)				(8) ¹		(18)		
- Import	567	595	605				56	59	269		+ 380,0
dar. innerdeutsch	(8) ¹		(18)				(8) ¹		(158)		
BSP insgesamt	2122	2228	2228	10 210		5	230 ²	244	244	+ 5 vH	+ 6 vH
				200							

1) Waren und Leistungen grob gerundet;

2) Bruttosozialprodukt der DDR in Mrd. DM nach vorläufigen Berechnungen der Autoren.

*) Die Gegenbuchung für diese mobilisierten Kaufkraftpotentiale in den Komponenten des BSP der DDR ist hier nicht im einzelnen aufgeführt. Sie sind in der Summe in den Anlageinvestitionen enthalten. Die Waren und Leistungen können auch mittelbar fließen, z.B. Vorräte an den privaten Verbrauch, Kaufkraft aus dem privaten Verbrauch an die Anlageinvestitionen usw.